

Kontakt:

Uta Hohlfeld

Telefon: 033846 / 41871

Telefax: 033846 / 41872

e-mail: utahohlfeld@t-online.de

www.dielinke-brandenburg.de

→ Partei → LAG und IG/Plattformen

→ Kommunistische Plattform

6. Informationsblatt der KPF Brandenburg

August 2011

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem 6. Informationsblatt informieren wir Euch über die wesentlichen Inhalte unserer Landeskonzferenz der KPF Brandenburg vom 21. Mai 2011.

Ihr alle habt mit hohem Einsatz darum gerungen, dass die antikapitalistischen Grundlinien und die friedenspolitischen Inhalte des Programmentwurfs in breiter Mehrheit befürwortet wurden. Nun liegt uns der überarbeitete und vom Parteivorstand am 02./03.07.2011 verabschiedete Entwurf vor. Bis zum 08.10.2011 können aus der Basis Änderungsvorschläge zum Programmentwurf eingebracht werden. D. h., die Programmdebatte muss mit hoher Qualität und Intensität fortgesetzt werden! Der Landeskoordinierungsrat der KPF Brandenburg bringt sich erneut mit einer unter Federführung von Genossen Herbert Meißner entstandenen ersten Stellungnahme zum vorliegenden Leitantrag für den Programmparteitag in die Debatte ein. Wir geben Euch unsere Stellungnahme hier zur Kenntnis.

Besonders interessiert sind wir an Euren bisherigen Einschätzungen zum jetzt vorliegenden Parteiprogrammentwurf, dem Leitantrag des Parteivorstandes. Für die parallele Übersendung von Diskussionsergebnissen, Stellungnahmen, Positionen und Meinungen wären wir Euch sehr dankbar.

Weiterhin geben wir Euch einen Beitrag von Genossen Anton Latzo unter der Überschrift „13. August 1961 – Schutzmaßnahmen für den Frieden“ als eine Argumentationshilfe zur Kenntnis.

Wir bitten Euch, uns nach Erhalt dieses Info-Blattes Eure Erfahrungen, Meinungen und Probleme mitzuteilen. Eure Meinungen, Fragen und Informationen sind für unsere inhaltliche und organisatorische Arbeit als LKR von großer Wichtigkeit!

Die Sprecher des LKR

Auszug aus dem Bericht des Landeskoordinierungsrates der KPF Brandenburg zur Landeskonzferenz am 21.05.2011

Liebe Genossinnen und Genossen,

Seit unserer Landeswahlversammlung der KPF Brandenburg im Januar 2010 sind eineinhalb Jahre vergangen, in denen grundlegende Entwicklungen in Brandenburg und in der Welt die Politik der Partei DIE LINKE und wesentliche Inhalte unserer Arbeit bestimmt haben.

Als Landeskoordinierungsrat stellten wir uns damals die Frage: Wie können wir die gewachsene Kampfkraft der KPF im Interesse unserer Partei nutzen?

Dabei erkannten wir hauptsächlich zwei Betätigungsfelder.

Als Erstes eine effektive Öffentlichkeitsarbeit, die von vielen Menschen inner- und außerhalb der Partei wahrgenommen werden sollte, mit der wir möglichst viele Bürger erreichen wollten.

Zum Zweiten das aktive Mitwirken innerhalb der Partei. Die Menschen gewinnen kann nur eine starke, selbstbewusste, in sich gefestigte Partei mit einer klaren Zielstellung und einem überzeugenden Auftreten in den Fragen, die die Menschen täglich bewegen, haben wir damals festgestellt.

Neben vielen Aktionen und Aktivitäten haben wir uns in den zurückliegenden Monaten vor allem stärker in die inhaltlichen Debatten und Positionierungen unserer Partei eingebracht.

Seit die damaligen Parteivorsitzenden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine im März 2010 den Entwurf für ein neues Parteiprogramm vorgestellt hatten, stand die Diskussion um dessen Inhalte im Zentrum der Arbeit des im Januar 2010 neu gewählten Landeskoordinierungsrates der KPF Brandenburg.

Im Ergebnis erster Debatten mit Mitgliedern und SympathisantInnen der Partei verabschiedete der Landeskoordinierungsrat im Mai 2010 eine erste Stellungnahme zum vorliegenden Programmentwurf. Diese erste Stellungnahme sollte dazu dienen, alle Mitglieder unserer Partei in Brandenburg über den Standpunkt der KPF zu informieren. Damit sollte weiterhin allen Interessierten die Positionsbestimmung erleichtert, die Teilnahme an der Programmdiskussion stimuliert und das Zustandekommen eines eindeutig antikapitalistischen sozialistischen Parteiprogramms gefördert werden.

In der Stellungnahme wurden die klaren antikapitalistischen Konturen hervorgehoben, die als Ausdruck einer deutlichen Linksentwicklung der Partei gewertet wurden.

Diese Stellungnahme wurde den Angehörigen der KPF Brandenburg und weiteren Interessierten über unser 3. Informationsblatt zur Kenntnis gegeben.

Eine direkte Übersendung erfolgte an den Bundessprecherrat der KPF, an die Bundesgeschäftsführung der Partei DIE LINKE, an die Programmkommission und an den Landesvorstand Brandenburg mit der Bitte um Weiterleitung an die Kreisverbände.

In der Folgezeit zeigte sich in zahlreichen politischen Veranstaltungen, an denen Angehörige der KPF teilnahmen oder die sie selbst durchführten, dass die Basis der Partei die antikapitalistischen Grundlinien und die friedenspolitischen Inhalte des Programmentwurfs in breiter Mehrheit befürwortet.

Bis zum voraussichtlichen Vorliegen eines Leitetrags zum Programm im Juni/Juli kommt es nun besonders darauf an, die Basis der Partei noch stärker dahingehend zu mobilisieren, dass sie ihrer grundsätzlichen Zustimmung zur Grundlinie des vorliegenden Programmentwurfs durch Schreiben an den Vorstand und an die Redaktionskommission Geltung verschafft; ebenso durch das Unterschreiben des Offenen Briefes.

Was diesen Offenen Brief betrifft, der unter Anderem sowohl in den Mitteilungen als auch in unserem 4. Informationsblatt veröffentlicht war, sind auch kritische Bemerkungen notwendig. Hier haben wir uns wertvolle Möglichkeiten der Einflussnahme auf die Programmdebatte entgehen lassen. Hätten wir alle gemeinsam ernsthafter um Unterschriften gekämpft, wären es bedeutend mehr geworden, als die bisher zusammengekommenen.

Liebe Genossinnen und Genossen,
in den Darlegungen zur Programmdebatte habe ich unsere Informationsblätter erwähnt.

Bereits im Jahre 2009 hatte der Landeskoordinierungsrat der KPF sich entschlossen, ein Informationsblatt herauszugeben, um den Angehörigen der KPF Brandenburg Aktuelles zu vermitteln und die gegenseitige Kommunikation zu verbessern. Gleichzeitig wollten wir auch Genossinnen und Genossen außerhalb der KPF über unsere Aktivitäten und Standpunkte informieren. So ließen wir dem 1. Informationsblatt im Mai 2009 die Ausgaben 2, 3, und 4 im Jahre 2010 und das 5. Informationsblatt im Jahr 2011 folgen.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um Euch nochmals zu bitten, uns Eure Erfahrungen, Meinungen und Probleme zu den Informationsblättern mitzuteilen. Eure Meinungen, Fragen und Informationen sind für unsere inhaltliche und organisatorische Arbeit von großer Wichtigkeit!

In der Debatte um inhaltliche Schwerpunkte der Programmdiskussion zeichnet sich ab, dass es in der Partei die kontroversesten Auseinandersetzungen zu den Mindestanforderungen für Regierungsbeteiligungen auf Bundes- und Landesebene gibt, was uns in Brandenburg ganz besonders und praktisch berührt.

Mit dem 4. Informationsblatt hatten wir Euch im Dezember 2010 die Stellungnahme der KPF Brandenburg zu diesem Thema und zur Politik der Partei DIE LINKE in der Landesregierung und der Landtagsfraktion im Zeitraum 2009-2010 zur Kenntnis gegeben.

Ausgangspunkt dieser Stellungnahme waren Diskussionen in der Parteibasis zum Koalitionsvertrag.

Als LKR hatten wir dazu erklärt, dass wir als Kommunisten einer Regierungsbeteiligung in einem kapitalistischen Staat grundsätzlich kritisch gegenüber stehen. Dennoch können wir das Wählervotum nicht negieren.

Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hatte sich für Rot/Rot entschieden.

Die Brandenburger, die unserer Partei ihre Stimme gaben, haben der Partei DIE LINKE das Mandat erteilt, sich in ihrem Auftrag für mehr soziale Gerechtigkeit, eine friedliche Außenpolitik und mehr Demokratie einzusetzen und so auf eine Veränderung der Landespolitik, auf einen Politikwechsel gesetzt.

Aber es gibt auch Sachverhalte der jetzigen Politik unserer Fraktion und unserer Minister/Innen, die uns für unsere Arbeit im Sinne der brandenburgischen Bevölkerung Sorgen bereiten.

All das veranlasste uns, die Arbeit unserer Landtagsfraktion etwa ein Jahr lang sehr aufmerksam zu verfolgen und unsere Gedanken dazu in einer ersten Stellungnahme zusammen zu fassen.

Wir betrachten diese Stellungnahme als Bitte und zugleich als Erwartung, die sich aus eigenen Erfahrungen, vor allem aber aus den vielen geführten Gesprächen mit den Menschen im Land Brandenburg ergeben haben. Als aktive Linke konnten, wollten und mussten wir uns mit dieser Stellungnahme konstruktiv und kritisch zu Wort melden.

Die Stellungnahme, die Euch inhaltlich bekannt ist, wurde von uns an den Landesvorstand, an die Landtagsfraktion und an unsere Ministerinnen und Minister in der Landesregierung übergeben.

Mit Freude nahmen wir den Antwortbrief von Genossin Kerstin Kaiser zur Kenntnis, in dem sie unsere Stellungnahme als ermutigend und bestärkend einschätzt. Wir sahen darin die Bestätigung für die Konstruktivität unseres Herangehens und unserer Kritik.

Kerstin Kaisers in ihrem Antwortschreiben geäußerte Bereitschaft, weitere Kritikpunkte unserer Stellungnahme persönlich mit uns zu besprechen, stimmte uns zunächst optimistisch.

Zumal auch aus dem Brief von Genossin Kaiser erneut ersichtlich wurde, dass es zu einzelnen Fragen durchaus sehr dringenden Gesprächsbedarf gibt.

Um über all diese Punkte in persönlichen Gesprächen mit unseren Genossinnen und Genossen zu debattieren, hatten wir Genossin Kaiser mehrere Termine angeboten.

Wir versprechen Euch, ... auch künftig die linke Politik des Landesvorstandes und der Fraktion zu unterstützen und kritisch zu begleiten.

Dabei sollten wir uns immer wieder vor Augen führen, es gibt derzeit keine andere politische Kraft in Deutschland, mit der linke Politik sowohl parlamentarisch als auch außerparlamentarisch wirksam und zukunftsorientiert möglich ist, als die Partei DIE LINKE.

Daraus erwächst uns als Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE eine besondere Verantwortung für den Erhalt und die weitere Stärkung dieser Partei.

Insbesondere angesichts jüngster Entwicklungen in unserer Partei, die zu Vertrauens- und Glaubwürdigkeitsverlusten in der Basis geführt haben und deren Bewertung durch führende GenossInnen immer noch an der Realität vorbei geht.

Liebe Genossinnen und Genossen,
ein wesentlicher Schwerpunkt unserer Arbeit war und ist das Ringen um das Zusammenführen aller antiimperialistischen Kräfte.

Aktionseinheit als dringendstes Gebot dieser Zeit, um politisch wirksam allen Erscheinungen der imperialistischen Systemkrise in großen Demonstrationen der Werktätigen dieses Landes und in parlamentarischen Initiativen entgegen treten zu können.

Trotz dieses eindeutigen Bekenntnisses krankt die linke Bewegung nach wie vor an innerer Zerrissenheit und ständig wechselnder Polemik, während sich die konservativen und rechten Kräfte bei der Verteidigung ihres Systems ziemlich schnell einig sind. Dieser seit 150 Jahren andauernde Zustand ist trotz aller historischen Erfahrungen bis heute noch nicht überwunden.

Für uns steht fest, Diskussionen über theoretische und pragmatische Grundfragen dürfen uns nicht daran hindern, in den aktuellen Tageskämpfen Gemeinsamkeit zu demonstrieren.

Von den zahlreichen Aktivitäten der KPF Brandenburg im Sinne antikapitalistischer Aktionseinheit will ich nur einige aufzählen.

Als Erstes möchte ich die nun schon traditionelle Protestveranstaltung zum so genannten „Tag der Einheit“, dem 3. Oktober nennen, zu der ursprünglich die Initiative von unserer KPF ausging. Dabei halten wir das für ein Musterbeispiel, wie die Partei Massenwirksamkeit erreichen kann. Zur Mitwirkung haben wir nicht nur die Kommunistische Partei des Landes, sondern auch eine Reihe von Organisationen gewonnen, darunter das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden e.V., kurz genannt OKV, das inzwischen zum Träger dieser Veranstaltung wurde. Welches Vertrauen man in uns setzt, zeigt sich u. a. darin, dass unser Genosse Klaus Blessing inzwischen zum Vizepräsidenten des OKV gewählt wurde. Wir bekennen uns unumwunden zu der Einsicht, dass wir neu über das Thema Führungsrolle der Partei nachdenken müssen und darüber, in welcher Form sie unter den heutigen Bedingungen zu praktizieren wäre. In diesem Zusammenhang andere Parteien und Organisationen durch gute Ideen und Initiativen zum Handeln zu bewegen, das scheint uns ein sehr brauchbarer Weg zu sein.

Einen nachhaltigen Eindruck hinterließ unsere gemeinsam mit den Landesverbänden der DKP und der KPD organisierte Festveranstaltung zum 190. Geburtstag Friedrich Engels, die im Dezember 2010 stattfand. Unserer Einladung waren u. a. Genosse Prof. Dr. Götz Dieckmann, Genosse Prof. Dr. Anton Latzo, der Vorsitzende der GRH Genosse Hans Bauer, der Vorsitzende des RotFuchs Fördervereins Genosse Rolf Berthold und der Präsident des OKV Genosse Prof. Dr. Siegfried Mechler gefolgt. Unser Freund und Genosse Prof. Dr. Zbigniew Wiktor hatte es sich nicht nehmen lassen, trotz Witterungsunbilden aus Wroclaw anzureisen und zu uns zu sprechen. Die beachtenswerten und inhaltsreichen Reden der Genossen Prof. Dr. Götz Dieckmann, Prof. Dr. Anton Latzo und Prof. Dr. Zbigniew Wiktor haben wir allen unseren Genossen als Broschüre zur Verfügung gestellt.

Weiter vertiefen wollen wir die direkte Zusammenarbeit mit den Landesverbänden der DKP und der KPD durch regelmäßige Beratungen über gemeinsame öffentlichkeitswirksame Aktivitäten, über internationale theoretische Fragen und über Fragen aktueller linker Politik. Stärker als bisher wollen wir auf diesem Wege herausarbeiten, was uns in unserem gemeinsamen Kampf eint und das in den Hintergrund stellen, was uns trennt.

Ergänzend sei gesagt, dass zahlreiche Genossinnen und Genossen der KPF Brandenburg in einer Vielzahl von Veranstaltungen und Diskussionsforen auftraten, die über den Rahmen der Partei hinausgingen und damit öffentlichkeitswirksam wurden.

Ein weiteres Betätigungsfeld unserer KPF- Angehörigen ist die journalistische Arbeit. Dabei reichen die Aktivitäten von Presseveröffentlichungen in den Mitteilungen, im RotFuchs und in den Tageszeitungen ND und Junge Welt bis zu Fachbüchern zu gesellschaftspolitischen und ökonomischen Themen.

Ich möchte an dieser Stelle beispielhaft auf die zahlreichen und hoch beachteten Bücher und Broschüren unseres langjährigen LKR- Mitglieds und jetzigen Vizepräsidenten des OKV Genossen Klaus Blessing verweisen. Die jüngste Erscheinung unter dem Titel „Der Osten hängt am Tropf“, gemeinsam erarbeitet mit Genossen Wolfgang Kühn, widerlegt mit gebündeltem, aussagekräftigem Zahlen- und Faktenmaterial über die Wirtschaftssituation der DDR und über 20 Jahre „Aufbau Ost“ unsachliche Behauptungen und gängige Lügen. Erwähnt sei in diesem Zusammenhang auch das von unserem LKR- Mitglied Gen. Herbert Meißner in Zusammenarbeit mit Gen. Karl Hartmann verfasste Buch mit dem Titel „Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse in der Gegenwart“.

Einen wesentlichen Bestandteil unserer Öffentlichkeitsarbeit bildet die Mitarbeit unserer Genossen in gesellschaftlichen Organisationen. Hier wäre zu erwähnen, dass wir als KPF im Kuratorium Ostdeutscher Verbände vertreten sind wie auch im Deutsch- Chinesischen Freundschaftsverein e.V. Genossinnen und Genossen der KPF engagieren sich in der VVN- BdA und in der ökologischen Plattform unserer Partei. Nicht zu vergessen sind die Genossen, die in gewählten Funktionen auf kommunalpolitischem Gebiet tätig sind. Für sehr wichtig halten wir auch die Teilnahme unserer Genossen an Aktionen gegen Neonazis.

Zu unserer Öffentlichkeitsarbeit gehört auch die Pflege internationaler Kontakte als fester Bestandteil unserer Tätigkeit. Wir sind Mitglied im Netzwerk der Europäischen Linken und beteiligen uns an der Umsetzung des 2006 abgeschlossenen Rahmenvertrages des „Ständigen Forums der Europäischen Linken in den Regionen.“ Dies ist ein Zusammenschluss von Strukturen fünf linker Parteien, die sich das Ziel gesetzt haben, innerhalb der Europäischen Linken auf regionalem Gebiet grenzübergreifend zusammenzuarbeiten.

In diesem Rahmen nahmen Vertreter der KPF Brandenburg am 19. Eurocamp in Hrachov teil, wo die Diskussion zum Sozialismus im 21. Jahrhundert mit KPF- Beteiligung fortgeführt wurde und die KPF Brandenburg ihre Erfahrungen zum Thema „Mitregieren oder Verzicht“ einbringen konnte.

Auf Einladung der KSCM weilten Mitglieder des LKR der KPF Brandenburg zu den Mai-Feierlichkeiten in Mlada Boleslav und überbrachten Kampfesgrüße der Brandenburger Kommunistinnen und Kommunisten.

Liebe Genossinnen und Genossen,

lasst mich zum Schluss meiner Ausführungen noch einmal aus dem Offenen Brief des Ältestenrates unserer Partei an die Parteimitglieder zitieren:

„Eine Partei wie die unsere gibt es nicht zum Selbstzweck. Sie lebt und wirkt durch und mit ihren Mitgliedern.“

Und weiter heißt es „Es lässt sich nicht übersehen, die Partei ist in eine schwierige Situation geraten. Allerdings darf das in die Medien hineingetragene und durch sie verbreitete Bild von der Partei nicht zum alleinigen Maßstab genommen werden, denn in der Mitgliedschaft, in den Basisgruppen, in Zusammenschlüssen wurde und wird sachlich, konstruktiv und solidarisch über die Ursachen der schwierigen Lage und über die nächsten Aufgaben debattiert. Ganz wichtig war und ist dabei die Programmdebatte.“

Der Landeskoordinierungsrat schlägt vor, dass wir uns in diesem Sinne auf die bis zum Parteitag unserer Partei vor uns liegenden Aufgaben konzentrieren, wie wir sie in dem Euch vorliegenden Beschlusssentwurf zusammengefasst haben.

Arbeitsschwerpunkte der KPF Brandenburg bis zum Programmparteitag in Erfurt

Beschluss der Landeskonzferenz der Kommunistischen Plattform Brandenburg der Partei DIE LINKE vom 21.05.2011:

Der Parteitag vom 21. bis 23. Oktober 2011 stellt einen besonderen Höhepunkt im Leben unserer Partei dar, weil er mit der Erörterung des Programmentwurfs und der Verabschiedung eines Parteiprogramms die Weichen für die langfristige Entwicklung der Partei stellt.

Als Kommunistische Plattform stellen wir uns der Aufgabe, die Lösung aktueller Probleme mit der Programmdiskussion zu verbinden und damit einen Beitrag zur Stärkung unserer Partei zu leisten. Deshalb beschließen wir für diese Etappe folgende Schwerpunkte unserer Arbeit:

1. Die Entfaltung und das Führen von Kriegen ist kein Weg zur Lösung aktueller Probleme. Wir verurteilen daher jeden Versuch, internationale Widersprüche mittels Krieg zu lösen, wie das z. B. in Libyen der Fall ist und beteiligen uns an den bevorstehenden Antikriegsdemonstrationen. Wir setzen uns dafür ein, dass die friedenspolitischen Prinzipien im Sinne des Parteibeschlusses von Münster im Programmentwurf erhalten bleiben.
In diesem Zusammenhang leisten wir unseren Beitrag zu einer noch breiteren Unterstützung des Offenen Briefes an den Parteivorstand.
2. Wir setzen die kritische und konstruktive Begleitung der Politik unserer

Partei in der Landesregierung fort, um auf diese Weise und durch die Teilnahme an außerparlamentarischen Aktionen und deren aktiver Ausgestaltung die Politik des Landesvorstandes und der Fraktion im Interesse der Brandenburger Bürgerinnen und Bürger zu unterstützen.

3. Die Regierung der BRD richtet ihre Politik vorrangig nach den Interessen des Industrie- und Finanzkapitals. Das zeigt sich in der Sozial- und Steuerpolitik und neuerdings in ihrem Zurückweichen vor der Atomlobby und der Umstrukturierung der Bundeswehr zu einer Aggressionsarmee. Wir beteiligen uns deshalb an Demonstrationen gegen die Atompolitik der Regierung, gegen die Militär- und Rüstungspolitik, gegen unsoziale Maßnahmen und für eine gerechtere Verteilung der durch die Gesellschaft erzeugten Werte. Wir setzen uns für die Beibehaltung der klaren antikapitalistischen Konturen im Programmentwurf ein.
4. Mit Sorge betrachten wir den wachsenden Einfluss rechtsextremer Kräfte, wie sich das auch in den Ergebnissen der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt zeigt. Wir fordern das Verbot der NPD und der rechtsextremen Zusammenschlüsse und beteiligen uns an Blockierungsmaßnahmen gegen die Aufmärsche von Neonazis.
5. Als Mitglieder der Europäischen Linken und Internationalisten arbeiten wir aktiv an der Vertiefung der Zusammenarbeit mit anderen antikapitalistischen und marxistisch orientierten Kräften auch in Brandenburg mit dem Ziel der Schaffung einer breiten antikapitalistischen Aktionseinheit.

Es war höchste Zeit, dass mit der Erklärung des Geschäftsführenden Parteivorstands endlich dazu übergegangen und gefordert wurde, die Debatte über das Führungspersonal der Partei sofort einzustellen. Streitigkeiten, Zerrissenheit und individuelles Profilierungsstreben vermindern die Qualität der Führungsarbeit und die Ausstrahlung der Partei. Wie die Vergangenheit beweist, hat das nicht zuletzt den Verlust von Wählerstimmen zur Folge.

Die Verunsicherung, das Unverständnis sowie ein damit einhergehendes Nachlassen des Wirkens der Parteibasis waren und sind in diesem Zusammenhang ebenfalls nicht zu übersehen.

Die KPF der Partei DIE LINKE Brandenburg, ebenso wie die überwiegende Mehrheit der Basis- Organisationen, hat sich an solchen, für die Partei schädlichen und verantwortungslosen Debatten nicht beteiligt. Und sie wird es auch künftig nicht tun.

Wir erwarten, dass sich der Parteivorstand in seiner Führungsarbeit – wie in der Erklärung formuliert – auf den „ Kern linker Politik, soziale Gerechtigkeit und konsequentes Friedensengagement“ offensiv konzentriert.

Wie aus unseren Arbeitsschwerpunkten unschwer zu erkennen ist, werden wir, als Zusammenschluss der KPF in der Partei DIE LINKE, dafür unseren Beitrag leisten, in einer „offenen Atmosphäre, an der Sache orientiert“.

Aus der Diskussion auf der Landeskonzferenz

Genossin Ellen Brombacher, die als Gast an unserer Landeskonzferenz teilnahm, würdigte in ihrem Redebeitrag die Kontinuität und gute Arbeit der KPF im Land Brandenburg., dadurch seien wir eine große Stütze für die bundesweite KPF.

Genossin Brombacher sprach zur Lage in der Partei und zur Notwendigkeit, das Spendenaufkommen für die „Mitteilungen“ zu verbessern. Insbesondere griff Ellen Brombacher folgende Problemkreise auf:

- Die LINKE. wird in den bürgerlichen Medien bewusst totgeschwiegen. Aufmerksamkeit der Medien gibt es nur, wenn aus parteiinternen Zankereien medienwirksame Skandale konstruiert werden können.
- Die Basis ist immer mehr verärgert über parteiinterne Streitereien, die bewusst nach außen getragen werden. Das wird zunehmend als Störung empfunden. Die erneut in unsere Partei hinein getragene Antisemitismus- Debatte ist ebenfalls ein nicht zu unterschätzender Störfaktor.
- Das „Forum demokratischer Sozialisten“ (fds) will in der laufenden Programmdebatte die klaren antikapitalistischen Positionen aufweichen. Große Teile ostdeutscher Funktionäre und Parlamentarier arbeiten im „fds“ mit. Auch von ihnen wird die vermeintliche „Radikalität“ des 1. Programmentwurfs öffentlich kritisiert und der Programmentwurf insgesamt und Oskar Lafontaine besonders angegriffen.
- Das „fds“ will unbedingt die Partei nach außen als potentiellen Bündnispartner anbieten zum Systemerhalt. Die Mehrheit der Parteibasis will aber den klaren Kurs des ersten Entwurfs so beibehalten. Dennoch steht die Linkspartei unbestritten in einer schweren Krise. Deshalb kämpfen wir Kommunist/Innen aktiv gegen die innere Schwächung der Partei und beteiligen uns nicht an öffentlichen Schlammschlachten.
- Die Finanzlage der „Mitteilungen“ der KPF ist zurzeit kritisch einzuschätzen. Deshalb ist eine Erhöhung des Spendenaufkommens nötig. Auch die vielen bisherigen „Noch- Nicht- Spender“ müssen aktiviert werden.

In der knapp dreistündigen, sehr lebhaften Diskussion, die sich an die Ausführungen von Genossin Brombacher anschloss, sprachen 16 Genossinnen und Genossen und äußerten sich dabei zu folgenden Schwerpunkten:

Wir müssen stärker gegen den allgemeinen Antikommunismus, aber auch gegen den Antikommunismus in der eigenen Partei kämpfen.

Der mediale Einfluss des „Forum demokratischer Sozialisten“ wird als groß und gefährlich eingeschätzt. Durch seine Präsenz in Führungsstrukturen werden antikapitalistische Inhalte teilweise aufgeweicht.

Kein Zweifel wurde daran gelassen, dass der bisherige Kurs einer antikapitalistischen und antifaschistischen Antikriegspartei beibehalten werden muss.

Auch die Notwendigkeit der Bündnisarbeit mit anderen linken Kräften wurde mit der Warnung vor einer erneuten Niederlage aller linken Kräfte bei weiter bestehender Spaltung klar herausgearbeitet.

Eine engere Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften, mit europäischen Linken, mit Friedensbewegungen, mit Antifaschist/Innen und weiteren links orientierten Kräften ist das Gebot der Zeit.

An verschiedenen Beispielen wurde belegt, wie weit sich Teile der vor allem ostdeutschen Landesführungen unserer Partei und der Parlamentarier/Innen mittlerweile von der Basis und dem Wählerwillen entfernt haben.

Ein zentrales Thema der Diskussion war die Frage, wie wir noch mehr mit jungen Linken zusammen kommen können. Für viele linke Jugendliche sind wir noch zu starr. Zur personellen Stärkung unserer Partei und der KPF müssen wir neue Wege suchen, um auf die linke Jugend zu zugehen.

Dazu stellte ein junger Genosse wichtige Fragen und Aussagen zur Diskussion. Kritisch bemerkte er u. a., dass es den älteren Genossinnen und Genossen in der KPF oft nicht gelingt, überzeugend den Zusammenhang zwischen theoretischen Grundfragen und politischen Tagesaufgaben darzustellen und so linke Jugendliche zu politischer Aktivität zu motivieren.

Stellungnahme des LKR der KPF Brandenburg zur Programmdiskussion der Partei DIE LINKE und zum vorliegenden Leitantrag für den Programmparteitag in Erfurt

1. Notwendigkeit und Sinn der Programmdiskussion

Parteiprogramme hatten in der Geschichte der Arbeiterbewegung stets ein besonderes Gewicht. Das beginnt mit dem Gründungsdokument der politischen Arbeiterbewegung, dem Kommunistischen Manifest, geht über das Gothaer Programm bei der Vereinigung der Eisenacher und der Lassalleaner 1875 zum marxistischen Erfurter Programm 1891 und dann zum Gründungsdokument der KPD 1918/19, entworfen von Rosa Luxemburg. Stets ging es um die Bestimmung des Charakters der Partei und um die Formulierung ihrer Aufgaben.

Die noch junge Partei DIE LINKE ist ebenfalls aus der Vereinigung von zwei Organisationen hervorgegangen: PDS und WASG. Diese Zusammenführung enthielt eine Menge weiteres linkes Potential. Ein Großteil der PDS-Mitglieder kommt aus der SED-Tradition, die meisten WASG-Angehörigen haben sozialdemokratische Wurzeln, linke Grüne und Gewerkschafter sind dabei, aber auch DKP-Mitglieder und Jusos sind der neuen Partei beigetreten. Damit entstand eine neue und erfolgreiche politische Formation, deren Zusammensetzung ihre pluralistische Verfasstheit bestimmte.

Damit entstand die Notwendigkeit, zwecks Bestimmung von Charakter und Zielen der Partei eine Programmatik zu entwerfen. Zweitens musste dabei die pluralistische Verfasstheit der Partei dahingehend berücksichtigt werden, dass

die Zusammenführung unterschiedlicher politischer Traditionen und Erfahrungen zu einer einheitlichen und stabilen Partei von allen Beteiligten Kompromissbereitschaft erfordert. Erfolgreiche Politik ist ohne Kompromisse nicht möglich. Das Schattendasein mancher linker Randgruppen ist sicher auch ihrer Kompromisslosigkeit geschuldet. Dabei darf jedoch Kompromissbereitschaft und Pluralismus nicht mit Beliebigkeit verwechselt werden. Und drittens muss die Realisierung dieser Notwendigkeit der Schaffung eines neuen Parteiprogramms durch einen intensiven Diskussionsprozess in der Gesamtpartei erfolgen. Darin bestehen Notwendigkeit und Sinn der Programmdiskussion.

2. Verlauf der Programmdiskussion

Ausgangspunkt war der im März 2010 veröffentlichte Programmentwurf. Dieser war eine gute Grundlage für ein sozialistisches Parteiprogramm. Er hat klare antikapitalistische Konturen und ist Ausdruck einer deutlichen Linksentwicklung der Partei. Diese Einschätzung beruht insbesondere auf folgenden Punkten: Es wird nicht die Verbesserung oder Reformierung des Kapitalismus gefordert, sondern seine Überwindung. Die dafür erforderliche Veränderung der gegenwärtigen Macht- und Eigentumsverhältnisse wurde deutlich gekennzeichnet. Es erfolgt eine qualifizierte Darstellung des heutigen kapitalistischen Ausbeutungs- und Herrschaftssystems. Es wird eine friedenspolitische Position vertreten, die Krieg als Mittel der Politik ablehnt und die Auflösung der NATO fordert. Als Kampfformen für die Durchsetzung dieser und anderer Ziele werden neben Massendemonstrationen und Bürgerbegehren auch ziviler Ungehorsam, politischer Streik und Generalstreik angeführt.

Dieser Programmentwurf war Gegenstand auf unzähligen Basisgruppenberatungen, Podiumsgesprächen und Parteiversammlungen sowie Thema vieler Veröffentlichungen. In diesem Diskussionsprozess bildeten sich folgende Positionen heraus:

- a) Unterstützung des Entwurfs einschließlich von Vorschlägen zur Schärfung seiner antikapitalistischen und sozialistischen Konturen.
- b) Ergänzungs-/ Unterstützungsvorschläge für nicht oder nicht genug beachtete Politikfelder.
- c) Wissenschaftliche Präzisierung von verwendeten Begriffen und Vertiefung der Darstellung bestimmter gesellschaftlicher Zusammenhänge.
- d) Ablehnung der Grundlinie des Entwurfs und Forderung der Ersetzung der antikapitalistischen Konturen durch sozialreformistische Kapitalismuskritik.

Die unter b) und c) erfassten Vorschläge enthielten zumeist sinnvolle Ergänzungen und Präzisierungen. Allerdings ist zu beachten, dass etliche davon infolge ihrer wissenschaftlichen Überlegungen und tiefgründigen Argumentationen eher in wissenschaftliche Zeitschriften und auf Fachkonferenzen gehören, als in ein Parteiprogramm. Aber sie lösen keine parteipolitische Polemik aus. Anders verhält es sich bei a) und d). Hier treffen zwei politische Orientierungen aufeinander, die für den Charakter der Partei wesentliche Bedeutung haben. Die eine Strömung verteidigte die antikapitalistische Grundlinie des

Entwurfs mit der Forderung nach Überwindung des Kapitalismus, mit der konsequenten Friedenspolitik und der Ablehnung jeglicher Bundeswehreinmärsche im Ausland sowie von Regierungsbeteiligung auf Bundesebene mit Parteien, mit denen in diesen Fragen kein Konsens besteht. Diese Position wird vertreten durch linkssozialistische Kräfte, durch die Kommunistische Plattform, durch das Marxistische Forum und die Antikapitalistische Linke (AKL). Wesentlich dabei ist, dass diese Position bei der Mehrheit der Parteibasis auf Unterstützung und Zustimmung stößt.

Die andere Strömung, vorrangig repräsentiert durch das Forum Demokratischer Sozialismus (fds), lehnt die im Entwurf enthaltene Kapitalismusanalyse ab („Höllenszenarium“), stellt seine kulturellen, technischen und sozialen Fortschritte in den Vordergrund, will Bundeswehreinmärsche im Ausland der Einzelfallprüfung und einem UNO-Mandat überlassen und setzt die Hemmschwelle für Regierungsbeteiligung im Bund deutlich tiefer. Dies und weiteres ist dokumentiert in den 13 Thesen des fds sowie in einer Neufassung des Programm-entwurfs von Halina Wawzyniak und Raju Sharma. Aus unserer Sicht wird damit eine schrittweise Sozialdemokratisierung der Partei angestrebt. Der Verlauf der Programmdiskussion war dadurch mit zunehmender Polemik belastet. Damit wurden die innerparteilichen Widersprüche sichtbar, die überwunden bzw. ausgeglichen werden müssen, um die Partei nicht einer Zerreißprobe auszusetzen. Hierfür ist Kompromissbereitschaft von beiden Seiten gefragt, ohne jedoch die antikapitalistische und sozialistische Grundlinie und damit den Charakter der Partei preiszugeben.

3. Der Leitantrag

Auf dem Hintergrund dieser Programmdiskussion hat eine vom Parteivorstand beauftragte Redaktionskommission den Entwurf überarbeitet und dem Parteivorstand vorgelegt. Der Parteivorstand hat nach Prüfung daraus den Leitantrag für den Programmparteitag im Oktober in Erfurt erarbeitet und am 11. Juli der Partei und der interessierten Öffentlichkeit vorgestellt.

Entscheidend für diesen Leitantrag sind drei Punkte: Erstens wurde die deutlich antikapitalistische Grundlinie des ursprünglichen Entwurfs beibehalten. Das ist wesentlich für den Charakter der Partei. Zweitens konnten die innerparteilichen Gegensätze durch Relativierungen und Kompromissformeln ausgeglichen werden, wodurch das Papier für fast alle akzeptabel wurde. Der Vorschlag einer „organisierten Spaltung“ wurde zurück gewiesen. Aber dass solcher Vorschlag entstehen und vorgetragen werden konnte, zeigt den Ernst der Lage. Und drittens steht der Parteivorstand mit großer Mehrheit hinter dieser Fassung, denn sie wurde mit nur zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung angenommen. Eine umfassende Analyse dieses Leitantrags kann an dieser Stelle noch nicht gegeben werden, hier seien einige der wichtigsten Aspekte vorgestellt:

Die friedenspolitische Position konnte nicht nur erhalten, sondern weiter präzisiert werden. Gefordert werden die Auflösung der NATO, die Herauslösung der Bundeswehr aus dem Oberkommando der NATO, sofortiges Ende aller

Kampfeinsätze der Bundeswehr einschließlich der Beteiligung an UNO-mandatierten Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta. Hinzu kommt die Ablehnung jeder Verknüpfung von militärischen und zivilen Maßnahmen und damit der Instrumentalisierung ziviler Hilfe für militärische Zwecke. Gefordert wird die Schließung aller ausländischen Militärbasen in der BRD. Diese eindeutige Position bleibt das Alleinstellungsmerkmal der Partei DIE LINKE. Die gründliche Kapitalismuskritik mündet nach wie vor in die Forderung nach einer grundlegenden Umgestaltung der Gesellschaft, die den Kapitalismus überwindet. „DIE LINKE ist der Überzeugung, dass ein krisenfreier, sozialer, ökologischer und friedlicher Kapitalismus nicht möglich ist“ und dass dies seine Überwindung erfordert. Die Forderung nach Überwindung der Kapitaldominanz, nach Brechung der Macht der Banken und des Finanzkapitals sowie der Unterordnung aller gesellschaftlichen Belange unter das Profitstreben ist an vielen Stellen des Leitantes formuliert.

Die Eigentumsfrage ist und bleibt die entscheidende Frage gesellschaftlicher Veränderung. Diese Programmaussage wird gemäß ihrer Kompliziertheit sehr differenziert behandelt. Gefordert wird die Vergesellschaftung der Banken, des Produktionsmitteleigentums der großen Konzerne und Monopole sowie der Mittel der Daseinsvorsorge. Verschiedene Eigentumsformen des Mittelstandes, der Genossenschaften und Betriebsbelegschaften werden toleriert bzw. gewünscht.

Im Vergleich zum ursprünglichen Entwurf ist es im Leitantrag deutlich besser gelungen, die Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands nach dem 2. Weltkrieg darzustellen. Nach der klaren Kennzeichnung des in der BRD wiederhergestellten kapitalistischen Systems ist die Entwicklung in der DDR mit ihrer Differenziertheit vorgestellt. Neben ihren Defiziten wurden die sozialen und auch viele politische Errungenschaften gewürdigt.

Die sozialpolitischen Forderungen sind sehr umfangreich und gehen vom Kampf gegen Lohndumping, Leiharbeit, Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung und Hartz-IV bis zum Kampf für flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn, öffentlichen Beschäftigungssektor u.a.m.

„Wir kämpfen für einen Systemwechsel, weil der Kapitalismus, der auf Ungleichheit, Ausbeutung, Expansion und Konkurrenz beruht, mit diesen Zielen unvereinbar ist.“

Das Ziel des demokratischen Sozialismus ist umrissen. Für den Weg dahin sind drei wichtige Aspekte formuliert: Erstens geht es um die notwendige Verbindung von parlamentarischen mit außerparlamentarischen Kampfformen. Dabei sind Bündnisse mit allen kapitalismuskritischen Bewegungen und Organisationen anzustreben. Zweitens sind erneut die Bedingungen für eine mögliche Regierungsbeteiligung auf Bundesebene formuliert worden, wie sie schon von Oskar Lafontaine genannt wurden. Und drittens will die Partei ihre „Vorstellungen von einer besseren Gesellschaft weder allein noch gegen gesellschaftliche Mehrheiten umsetzen“. Es geht darum, „breite gesellschaftliche Mehrheiten“ zu gewinnen. „Sozialer Wandel und politische Veränderung müs-

sen aus der Gesellschaft erwachsen und von vielen Menschen getragen werden“. Damit ist zugleich der demokratische Charakter der Partei dokumentiert.

4. Die nächsten Aufgaben

Da der vorliegende Leitantrag vom Parteivorstand mit überwältigender Mehrheit verabschiedet wurde und erfahrungsgemäß bei der Mehrheit der Parteibasis auf Zustimmung stoßen wird, darf auch seine Annahme auf dem Parteitag erwartet werden. Aber bis dahin wird die Programmdiskussion weiter gehen. Obwohl namhafte Vertreter der sozialreformistischen Strömung dem Leitantrag zugestimmt haben, kommen von dieser Seite erneut Einwände zu bestimmten Aspekten. So sieht Stefan Liebich im außen- und sicherheitspolitischen Teil des Papiers „schmerzhafte Mängel“. Es geht unter anderem um die kategorische Ablehnung von Bundeswehreinräsen im Ausland, die im Unterschied zum Leitantrag vom fds der Einzelfallprüfung und der UNO überlassen bleiben sollen.

Die Auseinandersetzungen werden also weiter gehen und es ist erneut mit Änderungsvorschlägen zu rechnen, die die antikapitalistischen und friedenspolitischen Konturen des Leitantrags aufweichen sollen.

Auch für die linkssozialistischen Kräfte sind einige Punkte des Papiers diskussionswürdig. Das gilt auch für die Kommunistische Plattform. Aber da wir den vorliegenden Leitantrag trotz gewisser Unschärfen unterstützen, weil damit die politische Grundkonzeption beibehalten wird, werden wir keine neuen Diskussionspunkte ins Spiel bringen.

Es kommt jetzt darauf an, den bei Formulierung und Entscheidung des Leitantrags erreichten Konsens aufrechtzuerhalten. Es geht um die innere Einheit der Partei, die bei aller pluralistischen Verfasstheit zu festigen ist. Dies muss durch eine Urabstimmung der gesamten Mitgliedschaft nach dem Erfurter Parteitag im Oktober bis zum Jahresende 2011 bestätigt werden. Damit erhält DIE LINKE nach vierjährigem Bestehen eine klare programmatische Grundlage mit deutlicher Bestimmung des Charakters der Partei sowie der Festlegung von Taktik, Strategie und Ziel der Partei. Nur so kann DIE LINKE zu einem immer stärkeren Anziehungspunkt für alle kapitalismuskritischen Bewegungen werden, kann sie als ernsthafte Gegenkraft im bundespolitischen Herrschaftssystem auftreten und immer wirksamer die Interessen aller sozial benachteiligten Schichten unseres Volkes vertreten.

Der 13. August 1961 – Schutzmaßnahmen für den Frieden

Anton Latzo

Kennzeichnend für die aktuellen Betrachtungen über die Maßnahmen zur Sicherung der Grenzen der DDR vom 13. August 1961 ist, dass sie sich einseitig auf eine negative Darstellung der DDR und ihrer Politik konzentrieren. Solche Betrachtungen sind dem Ziel der Delegitimierung dieses Staates und der Verfälschung und Verleumdung des Sozialismus und seiner Außenpolitik untergeordnet.

Wenn in diesem Zusammenhang die historische Kommission der Partei DIE LINKE in ihrer im ND vom 09./10. Juli 2011 unter dem Titel „Sozialismus braucht Mehrheiten“ veröffentlichten sehr fragwürdigen Erklärung feststellt „Sozialismus braucht Mehrheiten und kann nicht erzwungen werden“, so soll an dieser Stelle daran erinnert sein, dass am 06. April 1968 in einer Volksabstimmung etwa 97% der Wähler der neuen, sozialistischen Verfassung ihre Zustimmung gaben. Sind das etwa keine Mehrheiten? Für das Grundgesetz der BRD gab es übrigens nie eine Volksabstimmung. Der in o.g. Erklärung zitierten Forderung von Rosa Luxemburg, wonach die "Regierungsgewalt" nie anders übernommen werden dürfe, "als durch den klaren, unzweideutigen Willen der großen Mehrheit der proletarischen Masse in Deutschland", wurde in der DDR damit jedenfalls Genüge getan. (Anm. in diesem Absatz von der Red. des Infoblatts.)

Schon am 28./29. März 1961 fand in Moskau eine Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages statt.

Sehr deutlich wurde darauf hingewiesen, dass Wettrüsten, Ausrüstung der Bundeswehr usw. „um so gefährlicheren Charakter annehmen, als die Regierung Westdeutschlands nicht aufhört, territoriale Forderungen an andere Staaten zu stellen und revanchistische Propaganda unter der westdeutschen Öffentlichkeit zu betreiben. Westdeutschland wird zum wichtigsten Herd der Kriegsgefahr in Europa.“ (Dokumente zum Warschauer Vertrag, Berlin 1962, S.140)

Eindeutig wurde gesagt: „... angesichts der Situation, die sich aus den neuen Kriegsvorbereitungen der Westmächte ergibt, haben die Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages im Laufe ihres allseitigen Meinungsaustausches die *Maßnahmen vereinbart, die sie für notwendig halten, um ihre Verteidigungsfähigkeit weiter zu festigen und den Weltfrieden zu konsolidieren*“ (Hervorhebung – A.L.)

Es ging ja nicht nur um die DDR und ihre Grenzen. Es ging auch um die Existenz der sozialistischen Staaten. Zu ihrer Beseitigung gab es Konzepte und konkrete Handlungen.

Die BRD hat dabei als einziger Staat in Europa territoriale Forderungen und eine Revision der bestehenden Grenzen zum Programm erhoben.

Der damalige Bundesminister Seebohm erklärte z.B. am 9. Oktober 1960: „Die CSR, Polen und die SU sollen sich ja nicht der Hoffnung hingeben, dass wir das Land hinter Oder und Neiße abgeschrieben haben. Es geht um die Befreiung aller Völker in Mittel- und Osteuropa und um die Ausdehnung des christlichen Abendlandes auf ganz Osteuropa ...“ (Wissen und Tat, Nr.10/1961, S. 10)

In einer Erklärung des Bundesvorstandes der CDU vom 11. Juli 1961 wurde betont, dass es Ziel ihrer Politik sei, die DDR einzuverleiben und so „ein wiedervereinigtes Deutschland ... zu schaffen, das in die Europäische Gemeinschaft integriert ist“. (Union in Deutschland /Bonn/, 1961 Nr. 28, S. 3)

Der Sprecher des Generalstabs der Bundeswehr forderte, man müsse eine „Explosion“ in der DDR herbeiführen. Dazu bedürfe es „entsprechender politischer, ökonomischer, propagandistischer und nicht zuletzt auch organisatorischer und subversiver Vorbereitung des Westens“. (Münchner Merkur, 24./25. Juni 1961)

Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands beim Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen veröffentlichte am 6. Juli 1961 seinen 3. Bericht mit einem detaillierten Programm, wie die ökonomischen und sozialen Grundlagen der DDR beseitigt und der Kapitalismus restauriert werden sollten.

General Heusinger teilte zu gleicher Zeit „zufällig“ mit, sieben westdeutsche Divisionen seien bereit, „unverzüglich jede Mission auszuführen“. (Neue Zürcher Zeitung, 9. Juli 1961)

In der „Bonner Rundschau“ vom 9. Juli 1961 hieß es, die westlichen Mächte müssten imstande sein, „alle Mittel des Krieges, des Nervenkrieges und des Schießkrieges anzuwenden. Dazu gehören nicht nur herkömmliche Streitkräfte und Rüstungen, sondern auch Unterwühlung, das Anheizen des inneren Widerstandes, die Arbeit im Untergrund, die Zersetzung der Ordnung, die Sabotage, die Störung von Verkehr und Wirtschaft, der Ungehorsam, der Aufruhr“ – ein ganzes Programm, das für sich spricht!

Während einer USA-Reise im Juli 1961 verlangte Franz-Josef Strauß, dass in die „Berliner Krise“ der gesamte Westen einbezogen werde. Westdeutschland sei seinerseits entschlossen, „diese Krise bis zur letzten Konsequenz zuzuspitzen“.

Die Sicherung des Friedens durch die eindeutige Fixierung der nach dem 2. Weltkrieg in Europa entstandenen Lage verfrug keinen Aufschub mehr. Die DDR und ihre Verbündeten konnten es nicht verantworten, notwendige Sicherungsmaßnahmen weiter zu verzögern.

Vom 3. bis 5. August 1961 traten in Moskau die Ersten Sekretäre der Zentralkomitees der Kommunistischen und Arbeiterparteien der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages zu einer Beratung zusammen. Die Beratung billig-

te die Durchführung der von der DDR und der UdSSR vorgesehenen Maßnahmen zur Sicherung des bedrohten Friedens.

Am 11. August nahmen alle Fraktionen der Volkskammer der DDR in einem gemeinsamen Beschluss zu der ernststen Situation Stellung. Die Volkskammer begrüßte die Ergebnisse der vorangegangenen Beratung des Warschauer Vertrages und erteilte der Regierung den Auftrag zur Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen.

Im Beschluss des Ministerrates der DDR vom 12. August 1961 heißt es: „Zur Unterbindung der feindlichen Tätigkeit der revanchistischen und militaristischen Kräfte Westdeutschlands und Westberlins wird eine solche Kontrolle an den Grenzen der Deutschen Demokratischen Republik einschließlich der Grenze zu den Westsektoren von Groß-Berlin eingeführt, wie sie an der Grenze jedes souveränen Staates üblich ist.“ (Dokumente zur Außenpolitik der DDR, Bd. IX, S.153)

Bei der Verwirklichung dieser Maßnahmen stützte sich die DDR auf die Erklärung der Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten, die am 13.08.1961 veröffentlicht wurde. (Dokumente zum Warschauer Vertrag, Berlin 1962, S. 143f)

Darin wurde festgestellt, dass die sozialistischen Staaten vielfältige Vorschläge unterbreitet haben, um die in Europa anstehenden, den Frieden bedrohenden Fragen zu lösen. Die Regierungen der Westmächte haben sich nicht bereit gezeigt, durch Verhandlungen mit allen interessierten Ländern zu einer vereinbarten Lösung zu kommen.

Sie wiesen darauf hin, dass die Westmächte die Vorschläge der sozialistischen Länder stets „mit verstärkten Kriegsvorbereitungen, mit der Entfaltung einer Kriegshysterie und mit der Androhung militärischer Gewalt“ beantworteten.

Die Warschauer Vertragsstaaten stellten in ihrer Erklärung weiter fest, dass sich die von Westberlin ausgehende Wühl­tätigkeit verstärkte, und zwar gerade nachdem die Sowjetunion, die DDR und die anderen sozialistischen Staaten Vorschläge für eine Friedensregelung gemacht hatten. „Diese Wühl­tätigkeit schädigt nicht nur die DDR, sondern berührt auch die Interessen der anderen Länder des sozialistischen Lagers“, wurde in der Erklärung bekräftigt. Einmütig wurde festgestellt: „Die Regierungen der Warschauer Vertragsstaaten wenden sich an die Volkskammer und an die Regierung der DDR, an alle Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik mit dem Vorschlag, an der Westberliner Grenze eine solche Ordnung einzuführen, durch die der Wühl­tätigkeit gegen die Länder des sozialistischen Lagers zuverlässig der Weg verlegt und rings um das ganze Gebiet Westberlins, einschließlich seiner Grenze mit dem demokratischen Berlin, eine verlässliche Bewachung und eine wirksame Kontrolle gewährleistet wird. Selbstverständlich werden diese Maßnahmen die geltenden Bestimmungen für den Verkehr und die Kontrolle an den Verbindungswegen zwischen Westberlin und Westdeutschland nicht berühren.“

Die Warschauer Vertragsstaaten brachten zum Ausdruck, dass sie verstehen, dass die Ergreifung von Schutzmaßnahmen an der Grenze Westberlins Probleme für die Bevölkerung schafft, „aber angesichts der entstandenen Lage trifft die Schuld daran ausschließlich die Westmächte und vor allem die Regierung der Bundesrepublik“.

Zugleich betonten die Warschauer Vertragsstaaten, „dass die Notwendigkeit dieser Maßnahmen fortfällt, sobald die Friedensregelung mit Deutschland verwirklicht ist und auf dieser Grundlage die spruchreifen Fragen gelöst sind“. Die Westmächte und die BRD hatten also durchaus politischen Spielraum, um einen konstruktiven Beitrag zu einer anderen Ausgestaltung der Schutzmaßnahmen und des Grenzregimes zu leisten.

Vorwärts – und nicht vergessen - die Solidarität ...

Seit mehr als zwei Monaten bombardieren die USA und andere NATO-Staaten Tag für Tag und vor allem nachts die Millionenstadt Tripolis und andere Orte in Libyen. Zugleich versuchen sie, das libysche Volk durch Beschlagnehmung seiner Gelder und durch eine Hungerblockade gefügig zu machen.

Die Aggressoren missachten alle einschlägigen Bestimmungen des Völkerrechts (Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates, Verpflichtung zu Konfliktlösungen auf dem Verhandlungswege, Verbot des Angriffskriegs usw.).

Ihr Vorwand, sie wollten „Zivilisten vor Gaddafis Militär schützen“ oder auch „Menschenleben retten“, ist angesichts der Dauer und Breite ihres Bombenkrieges und der steigenden Zahl toter Zivilisten absurd und zynisch. Springer- und andere Konzernmedien sowie auch die öffentlich-rechtlichen Sender schweigen jedoch über die Toten, die Verstümmelten, die Zerstörungen, das Flüchtlingselend, die Vergiftung der Böden mit Uranmunition.

Der Wüstenstaat, der unter seinem Revolutionsführer Muammar al-Gaddafi seiner Bevölkerung dank der Nationalisierung seines Ölreichtums den höchsten Wohlstand in Afrika mit unentgeltlichem Bildungs- und Gesundheitswesen, mit hoch entwickelten Rechten für Frauen und Kinder bieten konnte, droht in seiner Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen zu werden.

Die Ereignisse um Libyen haben erneut und deutlicher denn je unter Beweis gestellt, dass es für Linke kein »Ja« zu Militäreinsätzen geben kann, und wenn hundert Mal ein Beschluss dieses UN-Sicherheitsrates vorliegt. Diese Position werden wir auch in der Programmdebatte weiterhin konsequent vertreten.

Für DIE LINKE gehören Demokratie und Solidarität zusammen. In den vergangenen Jahrzehnten wurde in unserem Land Solidarität abgebaut und rücksichtsloser Egoismus gefördert. Wenn jeder nur noch an sich denkt und keiner an den anderen, an den Nachbarn, an den Freund und Kollegen, dann

löst sich eine Gesellschaft auf, mit all den schrecklichen Folgen. Solidarität ist Voraussetzung für eine funktionierende demokratische Gesellschaft.

Wir reißen uns ein unter jene Genossinnen und Genossen unserer Partei, denen der Frieden zwischen Israelis und Palästinensern ebenso wichtig ist, wie der Frieden für die Afghanen und Iraker, für die Libyer und Syrer - für Menschen in aller Welt, die durch Krieg und Elend gepeinigt werden. Diese Solidarität mit den Erniedrigten und Beleidigten verbindet sich mit der Erfahrung und dem Wissen, inzwischen nicht nur der Älteren, dass die tieferen Ursachen für Krieg und Elend im mittlerweile die Welt annähernd global beherrschenden Profitmaximierungsprinzip, im Imperialismus, liegen.

Solidarität und Antikapitalismus liegen in der Linken nahe beieinander.

Kommunistische Plattform
in der Partei DIE LINKE des Landes Brandenburg

Wichtige Termine:

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir bitten Euch, folgende Termine langfristig vorzumerken und durch zahlreiche Teilnahme zum Gelingen der vorgesehenen Veranstaltungen beizutragen:

- **01.09.2011: Weltfriedenstag**

Möglichst Organisation und Teilnahme an Veranstaltungen

- **11.09.2011: Tag der Mahnung und Erinnerung**

Möglichst Organisation und Teilnahme an Veranstaltungen

- **03.10.2011: Alternative Einheitsfeier**

In schon traditioneller Weise bereitet das Ostdeutsche Kuratorium von Verbänden im Zusammenwirken mit linken Parteien, Organisationen und Medien die „**Alternative Einheitsfeier**“ zum „21. Jahrestag der Einheit“ in Berlin vor, die auch in diesem Jahr zu einem Angriff auf die aktuellen gesellschaftlichen Verhältnisse gestaltet werden soll. Den genauen Ort und die Uhrzeit der Veranstaltung werden wir Euch rechtzeitig mitteilen.

- **21.- 23.10.2011: Parteitag der Partei *DIE LINKE*.** in Erfurt,

Nicht nur Delegierte, auch Gäste können am Parteitag teilnehmen!

Rechtzeitiges Erscheinen sichert einen Platz.

- **07.11.2011: 94. Jahrestag der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution**

Möglichst Organisation und Teilnahme an Veranstaltungen

Die genauen Termine und Veranstaltungsorte sind den zu erwartenden Einladungen zu entnehmen.

Besonderen Wert legen wir auf die Teilnahme an allen antifaschistischen Aktionen und die Unterstützung der Bestrebungen zum Verbot der NPD und neofaschistischer Organisationen.